Dezember 2023

DIE LINKE.
Fraktion in der Gemeindevertretung
Neuenhagen bei Berlin

ANSICHTEN – AUSSICHTEN
kommunal

Wohnungsbau: Den Worten Taten folgen lassen – Guter Wille allein reicht nicht aus
Seite 4 >>>

Barrierefreiheit: Versäumte Chancen
Seite 4 >>>

Reichelt-Dreieck: Handeln wir jetzt!
Seite 6 >>>

Bürgerbeteiligung stärken – Mehr Transparenz bei Satzungsänderungen

Dr. Ilka Goetz

Die Fraktion DIE LINKE in der Neuenhagener Gemeindevertretung hatte kürzlich den Antrag in die GVT eingebracht, dass zukünftig wieder alle Satzungen und Satzungsänderungen vor der Beschlussfassung ausgelegt werden.

Bis zur im Jahr 2020 beschlossenen Hauptsatzung gab es diese Verpflichtung zur Auslage von Satzungen einschließlich Änderungen vor ihrer Beschlussfassung. Die Auslage der Satzungen sollte die Information und Beteiligung der Einwohnerschaft sicherstellen. Mit der schrittweisen Einführung des Bürgerinformationssystems war damals die Hoffnung verbunden, dass sich interessierte Bewohner*innen der Gemeinde frühzeitig informieren und Einfluss nehmen können, ohne dass es weiterhin einer „formalen“ Auslage bedarf. Die Verwaltung hatte zudem immer auf die Zeit bis zur Verabschiedung einer (geänderten) Satzung verwiesen: Es dauere alles so lange und es würde sich niemand beteiligen.

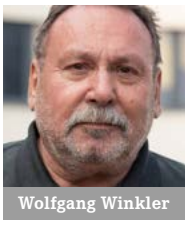
Zweifellos hat die „digitale Gremienarbeit“ dazu beigetragen, dass Informationen zur Entwicklung des Ortes von der Einwohnerschaft besser wahrgenommen werden können, allerdings sieht es in der Praxis vielfach so aus, dass viele Einwohner eben nicht sofort sehen, an welchen Stellen sie besonders betroffen sind und ihre

Rückmeldung erforderlich sein könnte. Die Menge der Informationen überfordert schlichtweg. Das geht den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern der Gemeindevertretung manchmal auch so.

Der zurückliegende Prozess der Überarbeitung der Kitakostenbeteiligungssatzung zeigte dies eindrücklich: Familien waren entsetzt, dass seitens des Bürgermeisters die notwendige Änderung in der Kostenbeteiligung mit der Aufnahme eines Passus zu Schließzeiten verbunden wurde und hierzu

weiter auf Seite 3 »»

„Gruscheweg 6“ – wie weiter?


Wolfgang Winkler

Wieder einmal der „Gruscheweg 6“. Dieses Thema beschäftigt unsere Gemeinde nun schon seit Jahren. Auch auf der Einwohnerversammlung Mitte November 2023 wurde es angesprochen, wobei unser Bürgermeister dieses Verfahren wurde die „Plan und Praxis GbR, Ingenieurbüro Stadt- und Regionalplanung Berlin“ beauftragt.

Am 13.11.2023 konnte das Ergebnis im Ortsentwicklungs-, Bau- und Umweltausschuss vorgestellt werden. Dabei wurden hauptsächlich die Lärmbelastung und die daraus folgenden Probleme untersucht.

Fotos: Ulrich Broniecki

ausführte, dass er eine weitere Bebauung im Baugebiet Gruscheweg ja immer abgelehnt habe. Allerdings hat er aber die Bebauung des Gebietes „Gruscheweg 7“ vorangetrieben. Darauf musste erst die Vorsitzende der Gemeindevertretung Dr. Ilka Goetz hinweisen.

Jetzt jedoch zum derzeitigen Stand. Am 2.12.2021 hatte die Gemeinde ein „Ergänzendes Verfahren“ beschlossen, um den vom Gericht für unwirksam erklärten Bebauungsplan (B-Plan) zu heilen und die Bebauung abzuschließen. Für

Vom Ingenieurbüro sind während der Bearbeitung in Bezug auf Wasser, Klima und Luft sowie Kultur- und Sachgüter keine erheblichen Umweltauswirkungen festgestellt worden. Nur bei der schalltechnischen Überprüfung kam es zu Überschreitungen der Orientierungswerte, jedoch nicht im Gruscheweg selbst, sondern in der Carl-Schmäcke-Straße, die jetzt schon am Rande des zumutbaren Lärms sei. Deshalb sei es nun erforderlich, zusätzliche Maßnahmen in Form passiven Schallschutzes zu realisieren.

weiter auf Seite 3 »»

Kurz und knapp – Aktuelle Informationen aus der Fraktion

Aktuelle Informationen aus der Fraktion
Gern geben wir Ihnen an dieser Stelle wieder einen Überblick über Entscheidungen, die uns in den zurückliegenden Monaten beschäftigt haben und die auch für Sie von Bedeutung sind. Und zwar kurz und knapp.

Weiterführende Schule auf dem KWO-Gelände

Die ausreichende Bereitstellung von Schulplätzen, insbesondere auch im Bereich der weiterführenden Schulen, beschäftigt uns alle, und das seit vielen Jahren! Und so war und ist die Aufnahme des Schulbau-Vorhabens auf dem „KWO-Gelände“ in die Schulentwicklungskonzeption des Landkreises ein wichtiger Meilenstein. Das zu Hoppegarten gehörende „KWO-Gelände“ direkt am S-Bahnhof liegt mittendrin in Neuenhagen und Hoppegarten. Beide Gemeinden sind gemeinsames Mittelzentrum in Funktionsteilung, hier leben fast 40.000 Einwohner*innen. Damit ist wohl nachvollziehbar, warum uns die Schulentwicklung so sehr am Herzen liegt. In der Sitzung der Gemeindevertretung am 4.12.2023 wurde insbesondere der Schulausschuss gebeten, eine erneute Beratung zur Schule auf dem KWO-Gelände vorzunehmen. Zwar hat der Kreistag am 12. Dezember die Grundstücksbereitstellung auf dem KWO-Gelände über einen Erbbaurechtsvertrag beschlossen, aber nach der Berichterstattung in der MOZ hierzu scheint es, dass der Landrat nur halbherzig dabei ist. Klar muss die Gemeinde Hoppegarten jetzt Baurecht schaffen, aber dass dies außerordentlich zügig gehen kann, hat unsere Verwaltung gerade gezeigt. Gewiss in hervorragender Abstimmung auch mit dem Bauordnungsamt des Kreises.

Trinkwasserbrunnen

In der Oktober-Sitzung hatte die Gemeindevertretung der Einrichtung von Trinkwasserbrunnen im Gemeindegebiet grünes Licht gegeben und den Bürgermeister beauftragt, diese an geeigneten Plätzen aufzustellen. Wir unterstützen dieses Vorhaben ausdrücklich und haben dabei alle Altersgruppen im Blick. Gut wäre es, wenn hierzu auch am vielgenutzten Weg im Grünzug am Gruscheweg etwas passiert. Von früh bis spät sind hier Jung und Alt unterwegs.

Wertschätzung des Ehrenamts

Ein Thema, das uns absolut wichtig ist. So wurde auch auf unsere Intervention hin die durch den Bürgermeister Scharnke abgeschaffte Veranstaltung zum Tag des Ehrenamts wieder eingeführt, um die in den Vereinen und darüber hinaus Engagierten mit einer feierlichen Abendveranstaltung zu ehren. Nur an das kommunalpolitische Ehrenamt wurde dabei auch in diesem Jahr nicht gedacht. Zum Schluss hieß es, der Platz würde nicht reichen. Dafür gab es im Anschluss an die Gemeindevertretung am 4.12. eine gesonderte Aktivität. Immerhin wurden dieses Mal auch die sachkundigen Einwohner*innen bedacht und eingeladen.

Kein wirkliches Vorankommen in Bezug auf Fahrradstraßen

Seit sieben Jahren… Diverse Gutachten und Konzeptionen liegen vor, seit langer Zeit auch ein Beschluss zur Einrichtung der Fahrradstraße an der Rüdesheimer Straße und inzwischen ein weiterer zur Wiesenstraße. Aber die Umsetzung lässt auf sich warten. Es braucht ein Gesamtkonzept oder auf den entsprechenden Straßen müssen Fahrräder das vorherrschende Verkehrsmittel sein. Für ein Konzept habe die Verwaltung keine Ressourcen, sagt sie. Kürzlich berichtete Herr Hitzges von einem Vor-Ort-Termin Ende November, an dem er ohnehin schon ohne große Erwartungen teilgenommen hatte. Die Fahrradstraße an der Rüdesheimer dürfe nicht dort enden, wo sie nach aktuellem Antrag enden soll. So kommen wir aber nicht weiter. Aus den Verkehrszählungen wissen wir, dass der große Teil des von uns beklagten Autoverkehrs von uns selbst erzeugt wird – zum Beispiel in der Hauptstraße. Das Thema wird auch 2024 sicher auf der Agenda stehen.

Vereinsförderung und kostenfreie Nutzung von Sport- und Vereinsräumlichkeiten

Beschlossen wurde im Herbst 2023 endlich die Vereinfachung in der Förderung und Abrechnung finanzieller Mittel für die Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit. Der von uns im Frühjahr des Jahres initiierte, von mehreren Fraktionen gemeinsam eingebrachte Antrag hierzu wurde in den Beratungen der Fachausschüsse von der Verwaltung stark in Frage gestellt, bis hin zur Infragestellung einer rechtlichen Zulässigkeit einer vereinfachten Abrechnung. Wir haben hier gründlich gearbeitet, auch mit der Kämmerin unserer Gemeinde. Die nun verabschiedete vereinfachte Abrechnung dieser Fördermittel wurde in den Vereinen sehr positiv aufgenommen. Im nächsten Schritt muss es nun darum gehen, eine neue Lösung für die 2020 abgeschaffte kostenfreie Nutzung von Sporthallen u. ä. für die Kinder- und Jugendarbeit zu finden. Wir wollen schließlich, dass die mit öffentlichen Mitteln errichteten Räumlichkeiten (Sporthallen und -plätze, Vereinsräume im Bürgerhaus) dem Gemeinwesen zur Verfügung stehen und nicht doppelt bezahlt werden. Ein weiteres Thema auch in 2024.

Freibad für alle?

Angesichts einiger Herausforderungen mit Besuchern des Freibads in den zurückliegenden Jahren hatte die Verwaltung für die Saison 2023 auf einen vollständigen Online-Verkauf von Eintrittskarten gesetzt. Wenn das Freibad ausgebucht sei, würden sich weitere Badegäste nicht unnötigerweise auf den Weg machen. Damit würden weniger Konfliktsituationen entstehen, die dann das Personal im Freibad „ausbaden“ müsse.
Soweit nachvollziehbar. Es hat sich allerdings gezeigt, dass eine ganze Reihe von potenziellen Freibad-Gästen damit vom Besuch ausgeschlossen wurde. Zuletzt wurde davon im Kooperationsrat und auf der Einwohnerversammlung berichtet. Hier muss es eine andere Lösung geben. Ideen dafür bringen wir in die Beratungen gern ein.

Rekommunalisierung von Dienstleistungen im kommunalen Bereich

Mit der Straßenreinigung, dem Winterdienst und der Laubentsorgung sind wir ja bereits seit längerem nicht so richtig zufrieden. Und es steht die Frage im Raum, ob wir diese Aufgaben als Gemeinde nicht selbst erledigen und dabei besser machen können. Auf dieser Basis wurde mit einem von uns eingebrachten Antrag der Bürgermeister im April 2023 beauftragt, Voraussetzungen für die Realisierung durch den Bauhof zu prüfen und sukzessive zu schaffen. Er sollte bis zum Jahresende einen ersten Bericht vorlegen. Das ist noch offen. Wir haben nun nachgefragt, denn es reicht natürlich nicht, wenn auf der Website schöne Nachrichten stehen. Wir hoffen nun sehr, dass der Bürgermeister dieser Berichtspflicht im Januar 2024 nachkommt.

Bürgerbeteiligung stärken
Fortsetzung von Seite 1

keine angemessene Kommunikation stattgefunden hatte. In der Folgezeit brauchte es einige Beratungen zur Kompromissfindung.

Eine in der Hauptsatzung festgelegte „Auslage“ zur Information und Beteiligung der Einwohnerschaft sorgt für die eindeutig festgelegte Beteiligung und für Transparenz in den Entscheidungen. Vielleicht ist auch die „Einwohnerbeteiligungssatzung“ anzupassen. Das möge nach der Beratung und deutlichen Beschlussfassung am 4.12.2023 (einzig der Bürgermeister Scharnke hat abgelehnt) die Verwaltung prüfen. Das war deutlich und führt hoffentlich nun dazu, dass der Bürgermeister wie beschlossen einen Entwurf über die Ergänzung der Hauptsatzung vorlegt.

„Gruscheweg 6“ – wie weiter? *Fortsetzung von Seite 1*

Aus der Erkenntnis, dass die Abtrennung des Gruschewegs über den Poller zu einer einseitigen Belastung der Anwohnerschaft in der Carl-Schmäcke-Straße führt, wurde die Empfehlung abgeleitet, die Poller zu überprüfen, um eine Lastenverteilung des Verkehrs zu erreichen. Interessanterweise ging der Bürgermeister in der Einwohnerversammlung noch weiter: Er wollte nicht (nur) die Öffnung der Durchfahrt zur Jahn- und Fichtestraße, sondern gleich noch den Grünzug am Gruscheweg mehrfach durchtrennen. Die über die Jahre gewachsene Grünanlage war ihm ja schon länger nicht wichtig. Wir hatten solche Vorschläge bereits in der Gemeindevertretung und haben sie abgelehnt.

Eine Erschließung des Gebiets „Gruscheweg 6“ über die Jahn- und Fichtestraße wäre das Gegenteil zu den Festlegungen des Gerichtsurteils aus 2021. Es ist schwer vorstellbar, dass das Gerichtsurteil zum B-Plan „Gruscheweg 6“ tatsächlich mit so wenig Respekt beachtet wird. Vielleicht ist die vorgeschlagene Wegnahme des Pollers aber auch nur eine „Nebelkerze“ und soll nur dazu führen, alle anderen Straßen mit Durchgangsverkehr zu belasten. So geht es aber nicht.

Die Aufgabe des Ingenieurbüros lautete, den Fehler im B-Plan Gruscheweg zu heilen und nicht, weitere Problemfelder in Neuenhagen der Bebauung des Gruscheweges anzulasten.

Die Lärmbelastung in der Carl-Schmäcke-Straße können wir im Übrigen nicht mit Festlegungen im B-Plan für den „Gruscheweg 6“ lösen. So wurde seitens der SPD-Fraktion auf andere mögliche und durch das Planungsbüro aufgezeigte Maßnahmen hingewiesen, z. B. die Beschränkung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h.

Das ist unserem Bürgermeister in der Hauptstraße gelungen, das wird ihm bestimmt auch in der Carl-Schmäcke-Straße gelingen.

Es liegt jetzt in der Verantwortung aller Gemeindevertreter, eine Lösung zu finden, die für die Neuenhagener gut ist und die dem weiteren Fortgang der Bebauung nicht im Wege steht.

Foto: Ulrich Broniecki

Gestaltung des Bahnhofsumfelds

Die Umsetzung des 2. Bauabschnitts an der Eisenbahnstraße ist offen. In der Einwohnerversammlung wurde u.a. der 2. Zugang zum Bahnsteig (auf der Nordseite in östlicher Richtung) angesprochen und dazu in der Sitzung der Gemeindevertretung von der SPD-Fraktion nachgefragt. Die Verwaltung hat angekündigt, die Gestaltungsvorschläge nun bald vorzulegen. Und auch der zusätzliche Zugang zum Bahnsteig wird mitgedacht. Vielleicht lässt sich der Hinweis aus der Einwohnerversammlung, die Bushaltestellen südlich der Bahngleise besser auszuschildern, zügig umsetzen.

Dankeschön und alles Gute für die Zukunft!

Zum Ende des Kalenderjahres 2023 wird die Fachbereichsleiterin und Allgemeine Stellvertreterin des Bürgermeisters Frau Fälker das Rathaus verlassen. Zum 1.1.2024 wird sie als Leiterin des Bauordnungsamts des Landkreises die Nachfolge von Frau Bork antreten. Wir danken an dieser Stelle ausdrücklich für die hervorragende Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren und wünschen alles Gute für die Zukunft.

Den Worten Taten folgen lassen – Guter Wille allein reicht nicht aus.

Von Ulrich Broniecki. In den vergangenen Jahren wurde in Neuenhagen viel gebaut. Neben den zahlreichen Einfamilienhäusern entstanden auch mehr oder weniger große Mehrfamilienhäuser und Wohnanlagen, zum Beispiel die Seniorenwohnanlagen in der Straße „Am Krankenhaus“ und die in der Bauvorbereitung befindliche Anlage an der Schöneicher Straße sowie die Mehrstöcker am Gruscheweg - auch sie mit einem Anteil an behindertengerechten Wohnungen. Dass das ‚behindertengerecht‘ teilweise leider an der Haustür endet, ist im Beitrag ‚Versäumte Chancen‘ thematisiert.

Der Bau von Mietwohnungen ist wichtig, denn so wird auch denjenigen Menschen eine Bleibe im Ort geboten, die kein Grundstück bearbeiten wollen oder können. Die Idee vieler Gemeindevertreter dabei war, dass so auch älteren Mitbürgern die Möglichkeit gegeben wird, ihr Grundstück abzugeben und sich hier im Ort kleiner und „arbeitsärmer“ einzurichten, im vertrauten Wohnumfeld zu bleiben und die Kontakte weiter zu pflegen. Oder jungen Leuten das Ausziehen bei den Eltern zu ermöglichen. Praktisch hat das aber nur teilweise funktioniert, weil viele sich die zur Zeit üblichen Mondpreise für die Miete schlichtweg nicht leisten können. Junge Leute sowieso nicht, und bei den anderen nur diejenigen, die ihr Grundstück teuer verkauften. Wer das Haus aber z. B. an Familienangehörige weitergab, blieb vermutlich außen vor.

Saniertes KENeu-Haus in der Rudolf-Breitscheid-Allee. Foto: U. Broniecki

Bezahlbaren Wohnraum in der Gemeinde zu schaffen bzw. zu erhalten, braucht mehr als nur einen guten Willen oder das Aussprechen der Forderung.
Für weitere Projekte in der Gemeinde, wie zum Beispiel für die Gestaltung und Bebauung des ehemaligen Blumen-Liebe-Grundstücks, die Entwicklung des „Reichelt-Dreiecks“ oder die Planung für das Areal der ehemaligen Schweineställe am „Alten Gut“ muss von den Vorhabenträgern gefordert und mit ihnen vereinbart werden, auch ein entsprechendes Kontingent an bezahlbarem Wohnraum zu realisieren.

Denn nur so halten wir die betreffenden Menschen in der Gemeinde und erhalten auch die gewachsene Bevölkerungsstruktur. Vorreiter ist hier die kommunale KENeu, die in den vergangenen vier Jahren sechs Wohnungen fertiggestellt und 49 renoviert oder modernisiert und zu einem moderaten Preis vermietet hat. Das soll fortgeführt werden und Schule machen.

Es ist aber ebenso eine Aufforderung an die Gemeindevertretung und vor allem an den Bürgermeister, bei der Entwicklung von Bebauungsplänen zu bedenken, dass sich „überbordende“ zusätzliche Anforderungen letztlich auf die Miethöhen des künftigen Wohnraums auswirken werden. Dann ist der Wohnraum zwar da, aber nicht bezahlbar.

Versäumte Chancen

Von Christine Hövermann. Die meisten Menschen denken eher weniger an Barrierefreiheit. Die erste Assoziation ist häufig mit schweren Behinderungen verbunden und davon sind „nur“ ca. 9 % der Bevölkerung betroffen und nicht alle davon sind in ihrer Mobilität eingeschränkt. Trotzdem merkt man im Alltag, gerade auch mit Kinderwagen oder Fahrrad, bestimmte Hindernisse. Beispielsweise fehlende oder nur unzureichend abgesenkte Bordsteine, schlecht gebaute Wege und Ähnliches. Für schwerbehinderte Menschen sind diese gesellschaftlichen Unachtsamkeiten jedoch nicht nur ein Ärgernis, sondern stellen unter Umständen Hindernisse dar, die allein und selbstständig nicht überwunden werden können.

Foto: Ulrich Broniecki

Das Bewusstsein für dieses Thema war in früheren Zeiten nicht so ausgeprägt wie heute und hat darum wenig Einfluss auf bauplanerische Überlegungen für den öffentlichen Raum genommen. Die notwendigen Anpassungen geschehen nun meist nach und nach. Umso mehr müssen wir uns aber wundern, wenn in „Neubaugebieten“ wie zum Beispiel im Gruscheweg und insbesondere bei der Planung der Mehrfamilien-Gebäude nebst Wegen und Parkplätzen die Chance vertan wurde, es gleich „richtig zu machen“: Nicht oder nur mini-

Ständiges Lernen in unserer Gesellschaft

Warum dauert es so lange, bis neue Technologien in unseren Bauvorhaben berücksichtigt werden?

Vor einiger Zeit besuchte ich bei der IHK Potsdam einen sehr interessanten internationalen Kongress unter Regie des Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) zu extremen Wettersituationen. Leider fielen mir dort keine Verantwortlichen aus den Verwaltungen auf. In den Beiträgen wurde klar, dass es etliche technische Entwicklungen gibt, um den Folgen des Klimawandels zumindest teilweise zu begegnen. Für extreme Wettersituationen kann mit alten Verwaltungs- und DIN-Vorschriften keine nachhaltige Arbeit entstehen. Prof. Schellnhuber (PIK) war der Ansicht, dass an jedem Ort und zu jeder Zeit extreme Wettersituationen derzeit auftreten können. Deshalb müssen modernste Erkenntnisse auf allen Gebieten intelligent und nicht nur „von Amts wegen“ umgesetzt werden.

Für unsere Gemeinde hätte zum Beispiel eine Deckenstrahlungsheizung effektiv sein können, die ähnlich der Fußbodenheizung arbeitet, sich aber wesentlich einfacher und materialsparend einbauen oder nachrüsten lässt und die sehr kosten- und energieeffektiv*) arbeitet. Zudem lässt sie sich im Sommer zur Kühlung der Räume einsetzen. Genaueres dazu war unserer auftragvergebenden Verwaltung seit 2020 unter **www.wasserkabel.de** bekannt. Ich frage mich, warum solche intelligente Technik nicht beim Neubau der Schule genutzt wurde. Ist das Verfahren dem Auftraggeber nicht bekannt gewesen ? Dann wurden wohl entsprechende Schulungen, Tagungen oder Informationen zu nutzen versäumt. Oder gibt es andere Gründe? Immerhin hatte ich den Bürgermeister per E-Mail am 29.12.2019 über diese Technik informiert.

Sollte diese Technik nicht auch bei der Erstellung einer „kommunalen Wärmeplanung“ (Beispiele in Berlin und international) berücksichtigt werden können?

In der genannten Konferenz erfuhr ich auch, dass die Anpassung und Modernisierung von Vorschriften und technischen Regelwerken an neue Gegebenheiten sehr lange dauert, bei Normen des DIN ca. 20 bis 25 Jahre. Ist es dann sinnvoll, sich bei allen Planungen auf diese Vorschriften zu beziehen und nur sie zugrunde zu legen, ohne neue intelligente Erkenntnisse zu nutzen? In der Fliederstraße wurde z. B. auf Basis aktuell gültiger, aber alter Vorschriften ein Auftrag für die Sanierung eines Regenwasserkanals vergeben, obwohl nach meiner Kenntnis preiswertere und günstigere Möglichkeiten bestanden hätten. Leider wurde trotzdem der eigentliche Schaden nicht beseitigt. Ebenso braucht man sich nicht zu wundern, wenn in Fachkreisen die Neuenhagener Generalentwässerungskonzeptionen (GWK) als ungenügend bewertet werden.

Fliederstraße - eine schöne, alte Betonstraße von 1943, die sich nach den Bauarbeiten etwas verändert hat. Foto: Ulrich Broniecki

Ich finde, dass sowohl die Verantwortlichen in der Verwaltung wie auch die Abgeordneten gefordert sind, sich regelmäßig über neue Erkenntnisse und Verfahren zu informieren und um diese dann zum Wohl der Einwohner des Ortes zu nutzen.

Dietrich Schulze

*) mit nur 50 bis 70 % Wärme-Betriebskosten (aus Haushalts-Mitteln) über die normative Nutzungsdauer (NND) von über 50 Jahren

mal abgesenkte Bordsteine, Stufen zum Parkplatz und zu den Müllplätzen, alternativ lange Umwege. Dies stellt eine unangenehme Herausforderung für jeden gehbehinderte Menschen dar. Oft gehören auch Rentner*innen, die hier sorgenfrei die angenehme Nachbarschaft genießen wollen, dazu und man kommt als Anwohner nicht umhin zu bemerken, dass auch diese Personengruppe mit den derzeitigen Umständen zunehmend Schwierigkeiten hat. Diese Versäumnisse sind nur schwer und kostspielig zu beheben. Gleiches gilt für die unzureichend abgesenkten Bordsteine im gesamten Gruscheweg.

Es bleibt zu hoffen, dass in den weiteren Planungen der Bauträger das Thema Barrierefreiheit einen höheren Stellenwert hat, schließlich profitieren alle davon und das nicht erst, wenn man nicht mehr gut zu Fuß ist.

Auch etwas weniger offensichtliche Maßnahmen sollten nicht unerwähnt bleiben. Dazu gehört auch, Gebäude mit Treppenlift oder Fahrstuhl zu kennzeichnen und Auskunftstafeln und Bedienelemente auf einer Kompromisshöhe anzubringen. Ein kritischer Blick auf die Zugänglichkeit und Gestaltung von Spiel- und Erholungsflächen für alle Altersgruppen, eine barrierefreie Gestaltung der Website der Gemeinde einschließlich der Verwendung einer leichten Sprache gehören sicher ebenfalls dazu.

Es gibt viele weitere kleine Möglichkeiten, das Leben aller etwas leichter zu machen. Meist reicht etwas mehr Aufmerksamkeit im Miteinander und sich ein wenig hineinzudenken in die (Grund-)Bedürfnisse unserer diversen Mitmenschen.

Reichelt-Dreieck: Handeln wir jetzt!

Von Klaus Kann. Bereits seit vielen Jahren wird über die Entwicklung des sogenannten „Reichelt-Dreiecks“ diskutiert. Es handelt sich um 12.700 m², - gelegen am nördlichen „Netto“-Markt, der einst den Namen „Reichelt“ trug – die immer noch ungenutzt sind und zu alledem zugemüllt werden. Dabei sind entwickelbare Flächen in Besitz der Gemeinde Neuenhagen mehr als knapp. Lediglich auf das Gelände der Kleingartenanlagen zwischen Amselsteg und Parkstraße hat die Gemeinde noch nennenswerten Einfluss, um für gemeindliche Aufgaben in der Zukunft handlungsfähig zu bleiben – eine „stille Reserve“ und zugleich ultima ratio, denn sie würde das Ende für viele Kleingärten bedeuten.

Das Reichelt-Dreieck gehört seit Jahrzehnten der EDEKA-Gruppe, doch seit Kurzem hat die Gemeinde darauf ein Vorkaufsrecht verhandelt. Zuvor waren in 2017 Verkaufsverhandlungen mit der in Neuenhagen bereits aktiven Entwicklungsfirma für Immobilien „NIC“ vorangeschritten, die auf dem Gelände seniorengerechtes Wohnen bauen wollte. Ein Vorhaben, das sie bereits in der Carl-Schmäcke-Straße gegenüber der Arche realisiert und damit auch Vertrauen aufgebaut hatte. Die Gemeindevertretung hat dieses dazumal jedoch mehrheitlich abgelehnt. Sie wollten, allen Widersprüchen der Fraktion DIE LINKE zum Trotz, dort eine neue Grundschule bauen, vielleicht auch als Ersatz für die Fallada-Schule, obwohl schon damals klar war, dass eine moderne, den heutigen Ansprüchen gerecht werdende Schule, auf dem Gelände niemals ausreichend Platz finden würde. Die diese Variante befürwortenden Fraktionen wollten an dieser Stelle viel Geld für ein Grundstück und eine Schule ausgeben, die nicht zukunftsorientiert und von vornherein zu klein war.

Aktuelle Schulsituation und Ausblick

Seither haben sich viele Dinge ereignet, in der Schulpolitik und auf dem Wohnungsmarkt. Die Schule wurde, wie schon damals von der LINKEN vorgeschlagen, stattdessen am Gruscheweg beschlossen und ist auf dem guten Weg fertig zu werden – nur hier hat sie entsprechend Platz, der Baufortschritt ist nun für alle sichtbar. Es hätte sogar zudem für eine Oberschule bzw. ein Gymnasium gereicht. Doch die faktenbefreite ewige Schulstandortdiskussion rund um das Reichelt-Dreieck sowie eine unnötig verprellende Kommunikation zwischen Rathaus Neuenhagen und Landratsamt in Seelow beendeten die noch zuvor unter Bürgermeister Jürgen Henze vorangeschrittenen Pläne, auch für die Errichtung eines Neubaus für die Förderschule am Amselsteg. Die geht nun nach Altlandsberg. Der Kreis ist nun vielmehr mit der Gemeinde Hoppegarten im Gespräch und in Verhandlung, um das ehemalige KWO-Gelände zu erwerben. Hier soll nun eine weiterführende Schule mit gymnasialer Oberstufe neu gebaut werden, die dringend gebraucht wird und deren Neubau wir fordern und unterstützen.

Neuenhagen geht bei den Oberschulen nun also leer aus. Bei den Grundschulen aber ist die Erweiterung der Goethe-Schule abgeschlossen, die Fallada-Schule verbleibt aktuell an Ort und Stelle. Rein von der Anzahl sind also derzeit genügend Grundschulplätze vorhanden.

Sollte ein Ersatzneubau der Fallada-Schule notwendig werden, bietet sich ein Teil des Geländes der Kleingartenanlage zwischen Parkstraße und Amselsteg, unter Einbeziehung des Geländes der jetzigen Schule am Amselsteg an.
Wenn zudem das ebenfalls von der Fraktion DIE LINKE mit vorgeschlagene sichere Radfahrnetz zur Schule am Gruscheweg umgesetzt wird, ist hier die Erreichbarkeit so gut wie zu jeder anderen Grundschule in Neuenhagen, wenn nicht sogar besser.

Also besteht keine akute Notwendigkeit mehr, auf dem sowieso nicht optimalen Standort des Reichelt-Dreiecks eine Schule zu bauen. Doch was wird nun aus dem Vorkaufsrecht – also der Möglichkeit, es zu erwerben, bevor jemand anderes zuschlägt?

Das Reichelt-Dreieck zwischen Lindenstr. und Hohe Allee. Foto: Ulrich Broniecki

Neuenhagener Senioren sind uns wichtig

Der Wohnungsmarkt in Neuenhagen ist mehr als am Anschlag. Genauso wie es immer mehr junge Familien in das Randgebiet von Berlin zieht, genauso wollen die älteren Neuenhagener ihren liebgewordenen Heimatort auch nicht verlassen. Altersgerechter Wohnraum wurde in den letzten Jahren geschaffen, aber er reicht bei Weitem nicht aus. Außerdem sollte der Standort eines solchen Wohnens gut überlegt sein. Das Reichelt-Dreieck erfüllt mehrere Kriterien schon jetzt. Es gibt eine Einkaufsmöglichkeit und der Bus hält fast direkt vor der Tür. Wenn das

Gelände entwickelt würde, auf dem neben dem altersgerechten Wohnen auch Freizeitmöglichkeiten, Apotheke, Physiotherapie, Fußpflege, Friseur, Bäckerei mit Café, Sparkassen-Automat und vielleicht auch ein Gemeinschaftsraum für Festivitäten geschaffen werden könnten, wie es die Pläne von 2017 schon aufzeigten, hätten wir fast ein Rundum-Sorglospaket für unsere älteren Bürger. Idealerweise sollte dieses Objekt von einem Entwickler gebaut werden, der das nötige Know-how hat – vielleicht auch mit Unterstützung durch die KENeu, also Neuenhagens eigener Wohnungsgesellschaft. Als Beispiel kann man die Seniorenwohnanlage Gutshof in Hoppegarten nehmen. Die Wohnungen sind hervorragend ausgestattet und behindertengerecht, aber trotzdem fügt sich die gesamte Anlage sehr angenehm in den ländlichen Raum ein. Einkaufsmöglichkeit, Ärztehaus, Apotheke, Sparkasse etc. sind fußläufig für die Bewohner erreichbar. Bis auf einige wenige Abstriche wäre so etwas auch auf dem Gelände des Reichelt-Dreiecks vorstellbar. Handeln wir jetzt! Treten wir mit erfahrenen Bauunternehmen in den Austausch.

Das Reichelt-Dreieck, noch eine ungepflegte Brache. Foto: Ulrich Broniecki

Ebenfalls positiv und in keinem Fall zu unterschätzen sind die Auswirkungen auf die gesamte Gemeinde. Durch den Umzug älterer Bewohner in ein Objekt für altersgerechtes Wohnen wird schlichtweg Wohneigentum in Neuenhagen frei. Damit müssen weniger Häuser im Ort für junge Familien neu gebaut werden und es werden weniger Flächen im innerörtlichen Raum versiegelt.

Neuenhagen lebt vom Mix der Generationen, das ist unser jahrzehntelanges Erfolgskonzept, nicht erst seit der Wende. Dazu gehört zweifelsfrei das Altern in Würde und im gewohnten Umfeld. Vergessen wir nicht: Es sind die Älteren, die dazu beigetragen haben, dass Neuenhagen der Ort ist, der er jetzt geworden ist. Als „Dank“ dafür sollten sie nicht aus dem Ort vertrieben und vergessen werden.

Mittendrin statt nur dabei – Kommunalpolitik konkret mitgestalten

Interessierte Einwohner:innen sind herzlich willkommen!

Haben Sie Interesse, sich stärker an der Entwicklung unserer Gemeinde zu beteiligen? Die Beratungen in den Fachausschüssen zu bereichern und dabei besonders auf soziale Belange zu achten? Sie wollten schon immer mal ins Gespräch mit den Mitgliedern unserer Fraktion kommen oder haben konkrete Anregungen und Fragen?

Dafür ist Platz in unseren Beratungen der Fraktion! Darüber hinaus informieren wir Sie gern, wie Sie bspw. als „Sachkundige*r Einwohner*in“ in der Gemeindevertretung mitwirken können. Wir freuen uns, wenn Sie die Arbeit unserer Fraktion unterstützen oder zukünftig auch aktiv mitwirken möchten: Im Juni 2024 finden die nächsten Kommunalwahlen statt.

Die nächsten Termine einer Fraktionssitzung: 17. Januar 2024 und 28. Februar 2024 jeweils um 18.00 Uhr im Fraktionsraum des Rathauses. Gern können Sie uns auch per E-Mail erreichen unter **neuenhagen@dielinke-mol.de.**

Bis bald!
Die Fraktion DIE LINKE

Impressum
ANSICHTEN – AUSSICHTEN *kommunal*
Herausgeber:
Die Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung Neuenhagen bei Berlin
Wolfgang Winkler, Fraktionsvorsitzender
Kastanienstraße 38 · 15366 Neuenhagen bei Berlin

Redaktionsteam: Ulrich Broniecki, Dr. Ilka Goetz, Klaus Kann, Wolfgang Winkler

Die Zeitung wurde aus finanziellen Mitteln für die Arbeit der Fraktion DIE LINKE in der Gemeinde Neuenhagen bei Berlin finanziert.

Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

E-Mail: neuenhagen@dielinke-mol.de

Essen liefern lassen oder künftig wieder selbst kochen?

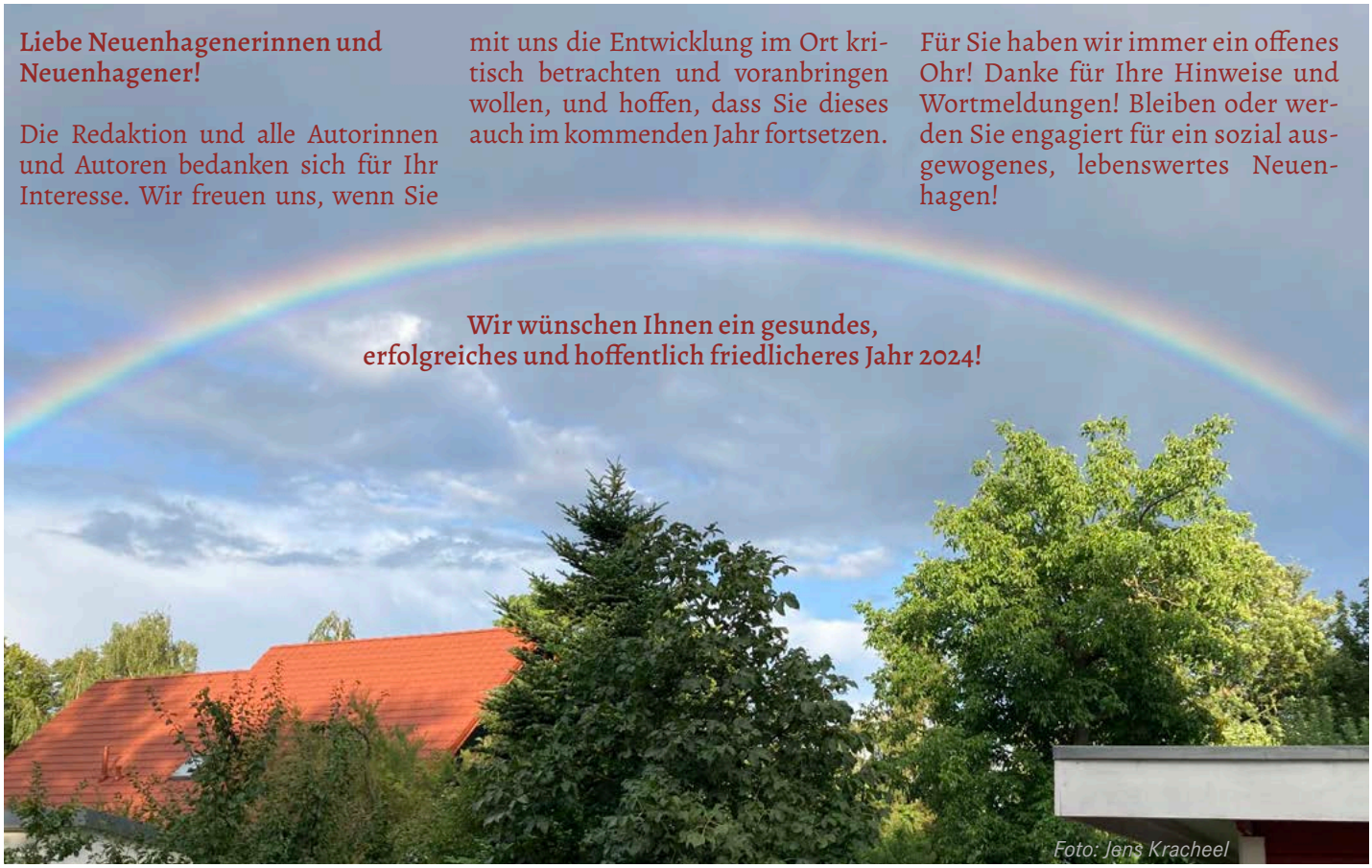
Von Angela Klamke. Am 29.11.2023 waren Mitglieder des Schulausschusses und weitere Gemeindevertreter*innen der Einladung gefolgt, die Schulküche in Beelitz zwecks Information und Erfahrungsaustausch zu besuchen. Hintergrund sind die Gedanken der Neuenhagener, künftig eine eigene Schulküche zu planen, um die Qualität der Kita- und Schülerspeisung zu verbessern. Anlass dafür sind regelmäßig wiederkehrende Berichte über die mangelnde Qualität und auch die Unzufriedenheit über die Angebote in den Ausschreibungen. Da die Einrichtung einer Schulküche hier vor Ort nicht kurzfristig realisiert werden kann, gab es im Schulausschuss bereits längere Zeit den Wunsch, eine solche Einrichtung zu besichtigen.

In Beelitz befindet sich die Schulküche in einer sehr großen Kita und es werden hier knapp 1.000 Essen, Frühstücksbrote und Vesper von zwei Köchen und mehreren Hilfskräften angeboten. Der Speiseplan beinhaltet auch laktosefreies, veganes und muslimisches Essen sowie Nachspeisen, die entweder Quarkspeise, Pudding, Obst oder Salat beinhalten.

Der Schulbau am Gruscheweg. Foto: Ulrich Broniecki

Auf die Frage nach der Qualität des Essens - ob Schulküche oder Catering - hat man sich mehrheitlich für Schulküche mit der Begründung entschieden, dass selbst gekocht wird, regionale Lebensmittel eingesetzt werden und engerer Kontakt zu den Einrichtungen besteht.

In einigen schulischen Einrichtungen wie Kita, Hort und Gymnasium wird zur Zeit getestet, wie Buffetessen ankommt. Das heißt, die Kinder füllen sich ihre Teller nach eigenem Bedarf und können sich nach Wunsch eine weitere Portion holen. Das zeigt, dass u. a. weniger in die „Speckitonne“ kommt, die Kinder selbst entscheiden können, wieviel sie sich auf den Teller tun; das Ganze wird sehr gut angenommen.

Eine neue Teststrecke läuft außerdem in einem Gymnasium – dort wird zusätzlich zur Schulspeisung ein Kiosk mit kleinem Imbiss, belegten Brötchen, Quarkspeise oder auch Pizza betrieben, allerdings zu normalen, nicht gestützten Preisen.

Insgesamt war der Austausch sehr interessant und es könnte ja auch bei Bedarf noch zusätzliche Informationen für eine Lehrküche geben. Über die finanziellen Auswirkungen der Schulküche und weitere Aspekte hat der Leiter des Fachbereichs „Bürgerdienst und Einrichtungen“ in der Gemeindeverwaltung schriftliches Material erhalten. Sehr gern möchten wir uns in der nächsten Sitzung des Schulausschusses dazu noch einmal austauschen. Unsere Fraktion unterstützt die Überlegungen für eine eigene Schulküche im Rahmen der Rekommunalisierung und beteiligt sich gerne an der Suche nach gangbaren und finanziell tragbaren Wegen der Realisierung.